

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 23

3. Februar 1988

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zum Wackersdorf-Ur-
teil: Die Bauarbeiten an der
WAA sofort einstellen.

Seite 1

Gerd Wartenberg MdB zu
einer zentralen Aufgabe der
SPD: Den Datenschutz
durchsetzen.

Seite 3

Rolf Wernstedt MdL zum
CDU-Plan, in Niedersach-
sen die Orientierungsstufe
abzuschaffen: Nur Karriere-
chancen im Sinn.

Seite 4

Dokumentation
Die Vorsitzenden der SPD-
Fraktionen des Bundes, der
Landtage und Bürgerschaften
haben einen „grundlegen-
den Kurswechsel in der
Wirtschafts- und Finanzpoli-
tik“ gefordert. Wortlaut
ihrer EntschlieÙung

Seite 6

Die Bauarbeiten an der WAA Wackersdorf sofort einstellen

Politische Vernunft gebietet Aufgabe des Projekts

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Wie will die bayerische Staatsregierung erst die weitaus komplizierteren sicherheitstechnischen Fragen in Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitungsanlage lösen, wenn sie bereits jetzt kläglich an den rechtlichen Grundlagen gescheitert ist? Die Staatsregierung hat hier einen einzigartigen rechtlichen Verhauf angerichtet, über den sie zu Recht bestürzt ist. Sie allein ist schuld an ihrem Dilemma, weil sie mit Anweisungen gegen den Willen von Landrat Hans Schuierer den Bebauungsplan durchgepeitscht hat, ohne die jetzt von Gericht geforderte „Abwägung der mit dem Vorhaben unvermeidbar verbundenen Risiken aus ionisierender Strahlung“ durchzuführen.

Symptomatisch für die grenzenlose Verwirrung innerhalb der Staatsregierung sind die stark divergierenden Aussagen aus den bayerischen Ministerien. So hatte Ministerialdirigent Dr. Vogl aus dem Umweltministerium, zuständig für die WAA-Genehmigungen, ausdrücklich betont, daß die rechtliche Grundlage für den Bau der WAA „der Bebauungsplan und Baugenehmigungen auf der Grundlage des Bebauungsplanes“ sind. Dieser Bebauungsplan könne nur dann umgestoßen werden, wenn etwa die DWK auf dem geplanten WAA-Gelände eine „Keksfabrik“ errichten wolle.

Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof jetzt eben diese „Grundlage“, den Bebauungsplan, für null und nichtig erklärt hat, zeigt sich Vogl überaus erstaunt: „Verstehen tut das kaum noch jemand.“ Die Kollegen im Innenministerium freilich rühren derartige Ansichten der Staatsregierungen aus früheren Zeiten nicht. Jetzt kontert die Staatsregierung, „Baugenehmigungen für die Wiederaufarbeitungsanlage könnten auch ohne Bebauungsplan erteilt werden“. So, als ob jetzt die DWK sich doch auf eine „Keksfabrik“ umorientiert hätte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht durch
den Sozialdemokratischen
Pressedienst



Die bayerische Staatsregierung ist sich derzeit nur über eines im Klaren: daß sie die WAA um jeden Preis will. Dabei nimmt sie in Kauf, daß sie frühere Rechtsauffassungen aufgibt und mit dubiosen und gefährlichen Interpretationen noch mehr zu einer völligen Verunsicherung beiträgt. Symptomatisch für die heillosen Verwirrung der Staatsregierung ist die wütende Attacke des Innenministeriums auf die Richter: das Gericht sei schuld, weil es zuvor strittige „Rechtsfragen von grundlegender Bedeutung“ nicht geklärt habe. Ausgerechnet die bayerische Staatsregierung, die bei der WAA wahre Bocksprünge über das Recht, um das Gesetz herum und unter rechtlichen Bestimmungen hindurch absolviert hat, jene Staatsregierung, die ausschließlich ihre Rechtsauffassungen als allein richtig gelten ließ, reklamiert jetzt eine richterliche Auslegung des Rechts. Der Vorwurf an die Richter ist ungerechtfertigt, er fällt auf die Staatsregierung zurück, die schließlich den Baubeginn erlaubt hatte, ohne die Klärung strittiger Fragen vorher herbeizuführen. Die Verärgerung der Staatsregierung muß riesengroß sein, wenn sie jetzt richterliche Auslegungen in Anspruch nehmen will. Offenbar sieht sie ihre WAA-Felle davonschwimmen.

Für die Staatsregierung kann es nur gut sein, wenn sie jetzt Zeit zum Nachdenken bekommt. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb in einem Dringlichkeitsantrag die sofortige Einstellung der Bauarbeiten an der Wiederaufarbeitungsanlage, damit die Staatsregierung ihren rechtlichen Verhaue beseitigen kann.

Die Wiederaufarbeitungsanlage hat mittlerweile den Charakter eines Phantoms: sie ist rechtlich nicht mehr faßbar. Deshalb müssen die Bauarbeiten zumindest so lange eingestellt werden, bis die Staatsregierung eine rechtlich halt- und darstellbare Unterlage überzeugend dargelegt hat, fordert die SPD-Fraktion. Nachdem wir jetzt praktisch wieder am Anfang stehen, weil der ganze rechtliche Unterbau der WAA weggebrochen ist, soll die Staatsregierung gleich Nägel mit Köpfen machen. Die Zuverlässigkeit der WAA-Betreiberin ist auf Grund ihrer Verfilzungen in der Atomwirtschaft bis hin zu Transnuklear nicht gegeben; gleiches muß man jetzt für die Staatsregierung feststellen, die nicht einmal rechtlich haltbare Grundlagen zusammenbringt.

Der Entsorgungsnotstand der Atomindustrie verbietet jede weitere kerntechnische Anlage. Der Gefahr des Mißbrauchs spaltbaren Materials ist offenbar nicht hinreichend zu begegnen, wie der bundesdeutsche Atommüll-Skandal beweist. Damit fallen drei nach dem Atomrecht zwingend vorgeschriebene Voraussetzungen für den Betrieb einer neuen kerntechnischen Anlage weg - ganz zu schweigen von der hohen sozialen Unverträglichkeit der WAA, die in der Oberpfalz hinlänglich nachgewiesen ist. Die Wiederaufarbeitung ist wirtschaftlich sinnlos und ökologisch nicht zu verantworten. Ihre Verwirklichung einzustellen ist politische Vernunft.

(-/3.2.1988/rs/ks)

* * *

Den Datenschutz durchsetzen

Zu einer zentralen Aufgabe der SPD

Von Gerd Wartenberg MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Dieser Tage hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz seinen 10. Tätigkeitsbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein wichtiger Bestandteil seiner Kritik: Datenschutz und innere Sicherheit. Ebenfalls in den letzten Tagen landete der Innenminister einen neuen Coup und stellte seine Entwürfe zu den Sicherheitsgesetzen vor. In diesen Entwürfen sind Vorschläge enthalten, die noch weit über das in der letzten Legislaturperiode heftig umstrittene Zusammenarbeitsgesetz hinausgehen.

Beim neuen Verfassungsschutzmitteilungsgesetz wird das besonders deutlich. Der Unterschied ist nur, daß das Gesetz fast wie ein Besinnungsaufsatz wirkt. Es ist sehr einfach zu lesen. Das rührt daher, daß alle schwierigen Probleme durch Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe abgedeckt werden. Und genau das ist gefährlich.

Über diese aktuellen Gesetze, die nun wieder einen langen, öffentlichen Streit mit sich bringen werden, gibt es aber weitere dringende Probleme des Datenschutzes. Dies wurde deutlich bei der Speicherung der Volkszählungsboykotteure und der HIV-Positiven. Insbesondere Zentraldateien - wie APIS (Arbeitsdatei - PIOS - Innere Sicherheit) beim Bundeskriminalamt - beinhalten eine besondere Problematik. Diese Dateien haben in der Errichtungsanordnung Auffangparagraphen, mit denen über den eigentlichen Terrorismuszweck hinaus Kleinkriminalität gespeichert werden kann.

Im Augenblick sind etwa 28.000 Datensätze in APIS gespeichert. Davon beziehen sich nach Angaben des Datenschutzbeauftragten 70 Prozent auf Kleinkriminalität, wie beispielsweise wildes Plakatieren. Damit wird eine Terrorismus- und Staatsschutzdeliktdatei zu einer Gesinnungsdatei umfunktioniert.

Besonderes Problem: Es gibt bei dieser neuen Datei keinen Erstbesitzer. Die elf Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt können gleichberechtigt ihre Datensätze in diese Datei einspeichern und können die Datensätze der anderen verändern. Daher wird die Frage der Verantwortlichkeit und der Kontrolle außerordentlich kompliziert. Hinzu kommt, daß die Länder nach völlig unterschiedlichen Kriterien speichern. Wer in Baden-Württemberg den Volkszählungsbogen beschädigt hat, landet in APIS, in Nordrhein-Westfalen dagegen nicht.

Vor zehn Jahren hat die sozialliberale Koalition den Datenschutz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Die aktuellen Anlässe zeigen, daß durch die neuen Techniken und deren Möglichkeiten der Datenschutz heute eher schwieriger als leichter durchzusetzen ist. Die Durchsetzung eines offensiven Datenschutzes muß für die SPD ein besonderer Schwerpunkt der Politik sein.

(-/3.2.1988/rs/ks)

* * *



Nur an Karriere-Chancen Interessiert

Zur Ablehnung der Orientierungsstufe durch niedersächsische CDU-Politiker

Von Rolf Wernstedt MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Die Entscheidung über die Zukunft der Orientierungsstufe fällt nicht auf dem CDU-Parteitag am 30. April 1988, sondern bei der Landtagswahl 1990.

Dennoch ist es äußerst wichtig, den Willensbildungsprozeß innerhalb der CDU zu verfolgen und frühzeitig auf die möglichen katastrophalen Folgen der geplanten Änderungen hinzuweisen. Das Motiv der Orientierungsstufengegner ist nicht pädagogischer, sondern politischer Natur. Eine wohlorganisierte und identifizierbare Gruppe aus dem Philologenverband, dem Realschullehrerverband, den organisierten Gymnasialleitern und rechten Funktionärskreisen der CDU schüren seit Anbeginn des Bestehens der Orientierungsstufe in Niedersachsen den Widerstand, weil sie glauben, den von ihnen vertretenen Kindern sei nicht zuzumuten, über die Grundschuljahre hinaus mit späteren Haupt- und Realschulkindern zwei weitere Jahre gemeinsam zu lernen. Das Bildungs- und Erziehungsverständnis dieser Leute geht von einer frühzeitigen Selektion aus. Ihr Interesse am allgemeinen Schulwesen gilt nur den unmittelbaren Karrierechancen ihrer Kinder.

Alle Untersuchungen, zuletzt die große Bestandsaufnahme von 1985/86, an der alle Orientierungsstufen in Niedersachsen teilgenommen haben, zeigen, daß die Orientierungsstufen gute Arbeit leisten und von über 80 Prozent der Eltern akzeptiert werden. Außer der Grundschule hat keine andere Schulform in diesem Lande eine so hohe Anerkennungsrate.

Die Geschichte des Verhältnisses der CDU zur Orientierungsstufe war von Anfang an zwiespältig. Die Kultusminister Langehelme, Remmers und Oschatz haben sie im Prinzip gewollt. Starke Kräfte in der CDU haben sie allerdings von Anfang an distanziert bis ablehnend betrachtet. Es bleibt aber ein wichtiges Faktum, daß nach der gesetzlichen Fixierung der Orientierungsstufe und der Einführung der ersten Schulen durch die SPD im Jahre 1973/74 die tatsächliche vollständige Einführung nach einem einstimmigen Beschluß des niedersächsischen Landtages vom 23. Februar 1978 durch eine CDU-Alleinregierung erfolgte.

Die CDU-Landesregierung hat sich allerdings grundsätzlich getäuscht in der Annahme, daß sie durch schulorganisatorische Frisuren und die sogenannte Freigabe des Elternwillens die Orientierungsstufengegner beruhigen konnte. Sie hat die gesellschaftspolitische und letztlich elitäre Konzeption der Gegner der Orientierungsstufe übersehen und damit die Sprengkraft ihres Wollens unterschätzt. Auch das ständige Zurückweichen vor den Gegnern durch immer neue Erlasse - zuletzt 1987 - haben die Gegner nur ermuntert.

Der bevorstehende CDU-Parteitag ist das Resultat des jahrelangen inhaltlichen Ausweichens der CDU-Landesregierung und der pädagogischen Falghait der CDU in Niedersachsen und ihrer Führung.

Die von dem einflußlosen und meinungslosen neuen Kultusminister zum Parteitag diskutierten möglichen Änderungsmaßnahmen sind für die SPD indiskutabel, da sie den politischen Prozeß des Schreckens ohne Ende für die Orientierungsstufe nur verstärken:

- Die Abschaffung der Orientierungsstufe würde zu unübersehbaren Konsequenzen für die Grundschulen und die Schulentwicklungsplanung führen. Alle Nachteile, die zur Einführung der Orientierungsstufe geführt haben, würden wieder aufleben;
- die Einrichtung schulformbezogener Klassen in den Orientierungsstufen bedroht die Existenz vieler kleinerer Orientierungsstufen und ist pädagogisch keine Orientierungsstufe mehr;
- die Möglichkeit, in jedem Kreis eine Orientierungsstufe als Angebotsschule mit schulformbezogenen Klassen einzurichten, schafft zwei Klassen von Schülern in den siebenten Schuljahren und verschärft damit die Ungleichheit der Bildungschancen im Flächenland Niedersachsen zu Lasten der Land- und Arbeiterkinder.

Die SPD Niedersachsen wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen der Auflösung der Orientierungsstufe. Sie widerspricht der Auffassung, daß die Schule nur eine Lern- und keine Erziehungsaufgabe habe, wie es die Orientierungsstufengegner weismachen wollen. Sie hält die Existenz der Orientierungsstufe für ein Stück Demokratiefortschritt im Lande. Angesichts der zurückgegangenen Schülerzahlen wäre zumal die Zerschlagung der Orientierungsstufe ein unverantwortlicher und unverzeihlicher Anachronismus. Er würde den Schulfrieden im Lande gefährden. Die CDU Niedersachsen muß sich fragen lassen, was ihre Parolen von der Ruhe an den Schulen wert sind und welches ihr Demokratieverständnis ist, wenn sie einen einstimmig im Landtag beschlossenen Gesetzesauftrag in so schnöder Weise behandelt.

Wir Sozialdemokraten sind für die integrierte, schulformunabhängige Orientierungsstufe,

- weil wir es für richtig halten, daß die Schullaufbahnentscheidung über eine möglichst lange Zeit offengehalten und erst nach sorgfältiger Orientierung über die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler getroffen wird,
- weil wir dafür sind, daß sich die Kinder in der Grundschule frei entfalten können, ohne den Zwang einer frühen Entscheidung über die spätere Schullaufbahn,
- weil wir dafür sind, daß alle Schüler gleiche Bildungschancen haben und in größtmöglichem Umfang individuell gefördert werden,
- weil wir dafür sind, daß junge Menschen so lange wie möglich gemeinsam und voneinander lernen.

(-/3.2.1988/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION
 =====

Grundlegender Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erforderlich

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften hat am 28./29. Januar 1988 in Stuttgart die folgende EntschlieÙung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik gefaÙt.

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen beobachten die Abschwächung der Konjunktur und das Anwachsen der Massenerbeitslosigkeit mit großer Sorge. Aufgrund einer völlig unzureichenden Inlandsnachfrage besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik Deutschland mit einem Sockel von 2,3 Millionen Arbeitslosen in eine Rezession abrutscht. Daher besteht für die Wirtschafts- und Finanzpolitik dringender Handlungsbedarf. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird jedoch den drängenden Problemen in keiner Weise gerecht. Offensichtlich hat sich die Bundesregierung mit einem weiteren Anstieg der bereits jetzt unerträglich hohen Arbeitslosigkeit abgefunden. Die orientierungslose Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung verstärkt noch zusätzlich die bestehende Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung; damit wird diese Politik immer mehr zum Konjunktur-Risiko Nummer 1.

Vor diesem Hintergrund halten die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik für unumgänglich. Notwendig ist eine Strategie für qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung. Daher fordern sie gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion ein Sofortprogramm „Arbeit, Umwelt und Investitionen“ mit folgenden Schwerpunkten:

- Den sofortigen Einstieg in das Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“, mit dem zusätzliche kommunale und private Umweltschutzinvestitionen mobilisiert werden sollen,
- die Einführung einer Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen, mit der die Investitionskraft der für die Beschäftigung wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen nachhaltig gestärkt werden soll,
- eine Zukunftsinitiative Montanregionen und ein Zukunftsprogramm für die Küste, mit denen die Wirtschaftskraft der Regionen, die besondere Strukturprobleme haben, gestärkt werden soll,
- zusätzliche Bundesmittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung, Wohnungsbau und Energieeinsparung,
- das Aufstocken und Vorziehen öffentlicher Investitionen,
- die Entlastung der Gemeinden von Sozialhilfeleistungen für Arbeitslose durch entsprechende Erweiterung der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit,
- einen beschäftigungswirksamen Umbau der Steuerpolitik, das heißt eine Reduzierung des Volumens des Steuerpakets 1990 auf eine für die öffentlichen Haushalte und ihre Investitionsaufgaben verkraftbare Größenordnung und die Konzentration der Steuersenkung auf kleine und mittlere Einkommen, insbesondere durch eine nachhaltige Erhöhung des Grundfreibetrags.

Mit einem Fördervolumen des Bundes von insgesamt circa 23 Milliarden DM werden in den nächsten Jahren private und öffentliche Investitionen von 40 bis 50 Milliarden DM direkt mobilisiert und zudem die Massenkaukraft gestärkt. Die Investitionskraft der Gemeinden wird mit diesem Programm über die nächsten Jahre hinweg um über zehn Milliarden DM gesteigert.

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen gehen davon aus, daß mit diesem Programmpaket nachhaltige und dauerhafte Impulse zur Stärkung der Binnennachfrage, vor allem der privaten und öffentlichen Investitionen, gegeben werden. Mit diesem Programm können die aktuellen konjunkturellen Schwierigkeiten bekämpft und zugleich die mittel- und langfristig orientierten Ziele der ökonomischen und ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft und der Schaffung sozialer Gerechtigkeit erreicht werden.

(-/3.2.1988/ra/ks)

